

Inhaltsverzeichnis

Gutachtenauftrag	15
Gutachten	16
1. Teil: Das Recht auf Bildung im Völkerrecht	16
I. Völkervertragsrechtliche Pflichten	16
A. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	16
B. Die Erklärung über die Rechte des Kindes	19
C. Das Übereinkommen gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen	19
1. Anwendungsbereich	20
a. Unterricht	20
b. Diskriminierung	20
2. Völkerrechtliche Verpflichtungen aus dem Abkommen	22
a. Verbot intendierter Diskriminierung	22
b. Abbau faktischer Diskriminierung	23
c. Recht auf Bildung	24
(1) Einzelne Pflichten	25
(2) Art der Verpflichtungen	28
d. Überwachung	30
(1) Berichtswesen	30
(2) Streitschlichtung	32
3. Wirkungen im innerstaatlichen Recht	32
D. Der internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	34
1. Anwendungsbereich	34
2. Völkerrechtliche Verpflichtungen aus dem Abkommen	35
a. Recht auf Bildung	35
(1) Einzelne Pflichten	36
(2) Schranken	39
(3) Art der Verpflichtungen	39
b. Das Recht auf Bildung in Verbindung mit dem allgemeinen Grundsatz der Nichtdiskriminierung	42
(1) Verbot intendierter Diskriminierung	42
(2) Abbau faktischer Diskriminierung	45
c. Überwachung	45
(1) Inhalt der Staatenberichte	46
(2) Überprüfung der Staatenberichte	47
3. Wirkungen im innerstaatlichen Recht	47

E.	Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes	49
1.	Anwendungsbereich	50
2.	Völkerrechtliche Verpflichtungen aus dem Abkommen	50
a.	Recht auf Bildung	50
(1)	Einzelne Pflichten	51
(2)	Art der Verpflichtungen	54
b.	Das allgemeine Diskriminierungsverbot in Verbindung mit dem Recht auf Bildung	55
(1)	Verbot intendierter Diskriminierung	56
(2)	Abbau faktischer Diskriminierung	59
c.	Vorbehalt	59
(1)	Ausschluss der unmittelbaren Geltung	59
(2)	Ausschluss des Verbots der Ausländerdiskriminierung	60
d.	Überwachung	63
e.	Wirkungen im innerstaatlichen Recht	64
F.	Die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und das erste Zusatzprotokoll	66
1.	Anwendungsbereich	66
2.	Völkerrechtliche Verpflichtungen aus dem Abkommen	67
a.	Recht auf Bildung	67
b.	Das Diskriminierungsverbot in Verbindung mit dem Recht auf Bildung	68
(1)	Begriff und Arten der Diskriminierung	68
(2)	Verbote intendierter Diskriminierung	69
(3)	Abbau faktischer Diskriminierung	72
(4)	Art der Verpflichtungen	76
c.	Durchsetzung	76
3.	Wirkungen innerstaatlichen Rechts	77
G.	Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	77
II.	Verpflichtungen aus Völkergewohnheitsrecht	79
III.	Verpflichtungen aus allgemeinen Prinzipien des Völkerrechts	81
2. Teil:	Die innerstaatliche Umsetzung des Rechts auf Bildung	83
I.	Das Recht auf Bildung im Grundgesetz und seine Umsetzung durch den Bundesgesetzgeber	86
A.	Die Pflicht des Staates zur Gewährleistung eines hinreichend differenzierten Bildungsangebotes	87
B.	Der Anspruch auf gleichberechtigten Zugang zu den vorhandenen Bildungseinrichtungen	88
1.	Der Zugang zu den verschiedenen Schularten und Bildungsgängen	89
2.	Die Zulassung zu einer bestimmten Schule	91
C.	Der Anspruch auf Freistellung von den Kosten des Schulbesuches	92

1.	Der Anspruch auf gleichberechtigten Zugang zu den Bildungseinrichtungen und die Kostenfreiheit des Schulbesuchs	92
2.	Die Schulpflicht und die Kostenfreiheit des Schulbesuchs	93
3.	Die Umsetzung des Anspruchs auf finanzielle Entlastung im Bundesrecht	95
a.	Die Kosten des Schulbesuchs	95
(1)	Unmittelbare Kosten	95
(2)	Mittelbare Kosten	96
b.	Bundesrechtlich geregelte Hilfen zum Lebensunterhalt und das Recht auf gleichberechtigten Zugang zu Bildungseinrichtungen	100
c.	Schulbesuch und Kindergeld	105
D.	Exkurs: Zu den Folgen einer Verankerung des Rechts auf Bildung im Grundgesetz	106
II.	Das Recht auf Bildung in den Landesverfassungen und Landeschulgesetzen	107
A.	Baden-Württemberg	108
1.	Die Landesverfassung	108
2.	Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungsbestimmungen	110
a.	Reichweite der Schulpflicht	110
(1)	Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts	110
(2)	Die Schulpflicht und das Recht auf Bildung	113
(3)	Der Rechtsstatus von Ausländern, die sich illegal in Deutschland aufhalten	113
b.	Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	114
c.	Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	116
(1)	Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung	116
(2)	Horizontale Durchlässigkeit des Schulsystems	117
(3)	Anschlussfähigkeit der Abschlüsse	118
d.	Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	119
(1)	Lernmittelfreiheit	119
(2)	Schulgeldfreiheit und Einbeziehung der Eltern	120
(3)	Die Kosten der Schülerbeförderung	121
3.	Zusammenfassende Bewertung	122
B.	Bayern	124
1.	Die Landesverfassung	124
2.	Das Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und die einschlägigen Ausführungsbestimmungen	126
a.	Reichweite der Schulpflicht	126
b.	Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	127
c.	Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	129
d.	Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	131
3.	Zusammenfassende Bewertung	133

C. Berlin	134
1. Die Landesverfassung	134
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungsbestimmungen	135
a. Reichweite der Schulpflicht	135
b. Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	135
c. Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	136
d. Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	138
3. Zusammenfassende Bewertung	139
D. Brandenburg	140
1. Die Landesverfassung	140
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungsbestimmungen	141
a. Reichweite der Schulpflicht	142
b. Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	142
c. Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	143
d. Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	145
3. Zusammenfassende Bewertung	145
E. Bremen	146
1. Die Landesverfassung	146
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungsbestimmungen	147
a. Reichweite der Schulpflicht	147
b. Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	147
c. Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	148
d. Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	150
3. Zusammenfassende Bewertung	150
F. Hamburg	151
1. Die Landesverfassung	151
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungsbestimmungen	151
a. Reichweite der Schulpflicht	151
b. Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	152
c. Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	153
d. Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	155
3. Zusammenfassende Bewertung	156
G. Hessen	156
1. Die Landesverfassung	156
a. Das Recht auf gleichberechtigten Zugang zu Bildungseinrichtungen	157
b. Die Schulgeldfreiheit	157
c. Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	158
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungsbestimmungen	159

a.	Reichweite der Schulpflicht	159
b.	Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	159
c.	Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	160
d.	Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	162
3.	Zusammenfassende Bewertung	163
H.	Mecklenburg-Vorpommern	164
1.	Die Landesverfassung	164
2.	Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	164
a.	Reichweite der Schulpflicht	164
b.	Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	165
c.	Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	165
d.	Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	167
3.	Zusammenfassende Bewertung	167
I.	Niedersachsen	168
1.	Die Landesverfassung	168
2.	Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	168
a.	Reichweite der Schulpflicht	168
b.	Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	169
c.	Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	170
d.	Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	171
3.	Zusammenfassende Bewertung	172
J.	Nordrhein-Westfalen	172
1.	Die Landesverfassung	172
2.	Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	174
a.	Reichweite der Schulpflicht	174
b.	Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	174
c.	Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	175
d.	Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	177
3.	Zusammenfassende Bewertung	177
K.	Rheinland-Pfalz	178
1.	Die Landesverfassung	178
2.	Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	178
a.	Reichweite der Schulpflicht	178
b.	Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	179
c.	Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	180
d.	Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	181
3.	Zusammenfassende Bewertung	182
L.	Saarland	183
1.	Die Landesverfassung	183

2.	Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs-	183
	bestimmungen	
a.	Reichweite der Schulpflicht	183
b.	Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	184
c.	Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	184
d.	Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	185
3.	Zusammenfassende Bewertung	186
M.	Sachsen	186
1.	Die Landesverfassung	186
2.	Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs-	187
	bestimmungen	
a.	Reichweite der Schulpflicht	187
b.	Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	188
c.	Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	188
d.	Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	189
3.	Zusammenfassende Bewertung	190
N.	Sachsen-Anhalt	190
1.	Die Landesverfassung	190
2.	Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs-	191
	bestimmungen	
a.	Reichweite der Schulpflicht	191
b.	Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	191
c.	Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	192
d.	Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	193
3.	Zusammenfassende Bewertung	194
O.	Schleswig-Holstein	194
1.	Die Landesverfassung	194
2.	Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs-	194
	bestimmungen	
a.	Reichweite der Schulpflicht	194
b.	Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	195
c.	Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	195
d.	Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	197
3.	Zusammenfassende Bewertung	197
P.	Thüringen	198
1.	Die Landesverfassung	198
2.	Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs-	199
	bestimmungen	
a.	Reichweite der Schulpflicht	199
b.	Sprachstandserhebungen und Sprachförderung	199
c.	Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit	200
d.	Lernmittelfreiheit und die Kosten der Schülerbeförderung	201
3.	Zusammenfassende Bewertung	202
Q.	Zur Bewertung der Rechtslage in den Ländern	202

Zusammenfassung	208
Zum 1. Teil des Gutachtens	208
Das Übereinkommen gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen	208
Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte	209
<i>Die Kinderrechtskonvention</i>	211
Die Europäische Menschenrechtskonvention	211
Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	213
Völkergewohnheitsrecht	213
Zum 2. Teil des Gutachtens	213
Die Vorgaben des Grundgesetzes	213
Das Recht auf Bildung und das Recht der Existenzsicherung	214
Das Recht auf Bildung im Landesrecht	215